

Bezugs-Preis

In der Hauptausgabe über deren Ausgaben
gegen abgesetzt: vierseitig 4.-, bei
gewöhnlicher täglicher Auflage und Preis
4.-70. Durch die Post bezogen für Deutschland
und in Österreich vierseitig 4.-60, für
die übrigen Länder laut Zeitungssatz.

Einzelne Nummern zu
auf allen Bahnhöfen und
den Zeitungs-Büros. 5.-

Redaktion und Expedition:
153 Berlinsche 222
Johanniskirche 8.

Haupt-Redaktion Dresden:
Karlsstraße 24 (Hansische Zeitung) Nr. 1713.

Haupt-Redaktion Berlin:
Carlstrasse 10 (Hansische Zeitung) Nr. 4603.

Nr. 407.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser hatte heute Vormittag eine Befreiung mit dem Reichskanzler und wollte mittags die südostasiatischen Fürmer in Anwesenheit des Reichskanzlers empfangen. (Siehe Deutsches Reich.)

* Die Gerüchte von einer Konferenz der Parteien wegen einer Kündigung des Reichstagswahlrechts erfüllt die "Preuß. Corresp." für unglaublich. Wohl aber liege so dringendsmäßig die Stunde auch flingen möge ein neues Sozialistengesetz in der Luft. "Konferenzen" würden indessen im Zusammenhang hiermit nicht veranstaltet.

* Die Oberbürgermeister und Bürgermeister der großen Städte Preußens haben eine Eingabe an das Staatsministerium gerichtet, in der sie erläutern, dem Entwurf zur Abschaffung des Wahlrechts widersetzen. Andernfalls weist uns dieses Ereignis freilich wieder darauf hin, Deutschland eine Sozialistenschaffung, die seiner Weltmaß entspricht. Es läuft sich leider nicht leugnen, daß dieses Ziel durch das Flottengefecht von 1900 nicht erreicht worden ist, und wir summieren Generalmajor Stein rücksichtslos bei, wenn er im "Tag" ausführt, daß eine baldige Revision des Flottengefechts von 1900 durchaus erforderlich sei. Im Jahre 1908 wird Deutschland, das die zweitgrößte Handelsflotte der Welt besitzt und jetzt noch den vierten Platz unter den Seemächten behauptet, auf den fünften Platz herabgesunken sein. Diese Tatsache wirkt derartig drastisch, sie beweist so überzeugend, daß etwas geschehen muß, daß eine Regierung, die sich ihren nationalen Pflichten bewußt ist, sie nicht länger ignorieren kann. Der Flottenverein sollte diesen Satz in allen Städten und Dörfern Deutschlands mit Blickelementen plakatieren lassen, um in der Nation die Erkenntnis der Sachlage zu fördern und zu verbreiten.

* Die russische Flotte ist aus dem Hafen von Port Arthur ausgebrochen. Es verlautet von einem schweren Nachtschiff.

* Das Präsengericht von Wladivostok hat den Meteor-Dampfer "Chea" als gefährliche U-Boot-Explosivität erklärt, da er an einer japanischen Gesellschaft verchartert war. (S. russ.-jap. Krieg.)

* Die russische Flotte ist aus dem Hafen von Port Arthur ausgebrochen. Es verlautet von einem schweren Nachtschiff.

Die „Chea“ und die deutsche Flotte.

Wir haben uns zu der Angelegenheit der "Chea" bisher zurückhaltend gehalten, weil wir ausnahmsweise einmal den offiziösen Blättern recht geben müssen, die darauf hinweisen, daß der Fall verwirkt liege und daß man die Klärung durch nähere Nachrichten abwarten müsse. Heute sind in den Druckberichten aus Tokio und Wladivostok eingelaufen, die ein flores Bild gewähren. Danach steht auffällig und auffällig fest, daß die Ladung der "Chea" ausschließlich aus Tümpel und Öl bestand, von Kontrollen also keine Rede war. Die "Chea" war, obwohl sie noch England hin verchartert war, ein deutsches Schiff und die deutsche Flagge deckte die Ladung formal und materiell hin, was also berechtigt und verpflichtet, von der russischen Regierung für die Verleihung unserer Interessen und für die Wahrung unserer Flagge Genehmigung zu fordern. Die Reichsregierung wird gut tun, die russische Regierung nicht darüber im Zweifel zu lassen, daß ein derartiger Vorgang sich unter keinen Umständen wiederholen darf. Gegen den Weg des Präsengerichtes haben wir natürlich nichts einzurichten, daß aber die deutschen Schiffe auf einen unbegründeten Verdacht hin ohne weiteres in Grund ge-

boht werden, daß müssen wir uns doch ganz energisch verbitten. Nicht allein unsere Interessen, auch die nationale Würde steht hier auf dem Spiel, und wir freuen uns, in der "Vossischen Zeitung" die Bemerkung zu finden, „daß die nationale Würde höher steht als das Interesse“. Mehr und mehr macht sich eben in allen Parteien, die Sozialdemokratie ausgenommen, das Gefühl geltend, daß wir dem Ausland gegenüber geschlossen zusammenstehen müssen.

Uebrigens fällt der deutschen Regierung gerade seine schwierige Aufgabe zu, wenn wir fordern, daß sie den Latendrang der russischen Kapitäne auf diplomatischem Wege ein wenig eindämmen möge. Die Lage der russischen Regierung wird es dieser schmerlich angezeigt erscheinen lassen, den guten und getreuen Nachbar, der aus seinen offiziellen Sympathien so wenig Wohl macht, unnötig zu verstören. Andernfalls weist uns dieses Ereignis freilich wieder darauf hin, Deutschland eine Sozialistenschaffung, die seiner Weltmaß entspricht. Es läuft sich leider nicht leugnen, daß dieses Ziel durch das Flottengefecht von 1900 nicht erreicht worden ist, und wir summieren Generalmajor Stein rücksichtslos bei, wenn er im "Tag" ausführt, daß eine baldige Revision des Flottengefechts von 1900 durchaus erforderlich sei. Im Jahre 1908 wird Deutschland, das die zweitgrößte Handelsflotte der Welt besitzt und jetzt noch den vierten Platz unter den Seemächten behauptet, auf den fünften Platz herabgesunken sein. Diese Tatsache wirkt derartig drastisch, sie beweist so überzeugend, daß etwas geschehen muß, daß eine Regierung, die sich ihren nationalen Pflichten bewußt ist, sie nicht länger ignorieren kann. Der Flottenverein sollte diesen Satz in allen Städten und Dörfern Deutschlands mit Blickelementen plakatieren lassen, um in der Nation die Erkenntnis der Sachlage zu fördern und zu verbreiten.

Aber sonderbar, es scheint uns, als ob die Agitation für den Ausbau der Flotte augenblicklich „oben“ nicht mehr recht besteht wäre. Die maßgebenden Intendanten hielten sich in fleißig Schweigen, und das ist ungefähr das Unfassliche, was sie tun können. Und aus einer doch sicher sonst gut nationalen Korrespondenz hätten wir jüngst mit ehrlichem Erstaunen feststellen müssen, daß sie in Bezug auf Flottenforderungen „stau“ macht. Wir nehmen immer noch an, daß die Regierung in der nächsten Session ein Flottengefäß vorlegen wird; sollte es aber nicht geschehen, so würden wir in dieser politischen Haltung die allerabschreckendste Unterlassungshandlung erblicken, und das gute Werk des Grafen Bülow: „In nationalen Dingen verstehe ich keinen Spaß!“ würde uns dann nur noch als eine Redewendung erscheinen, mit der man den Applaus des Parlaments auslöst. Ein solches Flottengefäß aber einbringen, ohne es publizistisch vorzubereiten, das wäre ein unbedeutender taktischer Fehler. Unbegreiflich besonders deshalb, weil doch Graf Bülow durch seine Erfahrungen bei Aufhebung

des § 2 des Zollvertrages gewiß dahin belehrt worden ist, daß man die öffentliche Meinung nicht vor Blödgängen, vor vollendete Tatsachen stellen darf. Es wäre höchst bedauerlich, wenn auch auf diesem Gebiete der Vorwurf des Zögtrücks durch die Tatsachen bestätigt erhielte.

Wenn selbst der Kaiser, der ja auf diesem Gebiete so verdientlich gewirtzt hat und nicht immer volles Verständnis bei der Nation und ihrer Vertretung fand, in seinem Interesse ermittelte sein sollte, so wäre es eben die Pflicht des Reichskanzlers, in diesem Falle nicht als Kremer, wie Fürst Hohenlohe es bezeichnete, sondern als Krieger, zu wirken. Für die Regierung liegt die Situation entschieden günstig; denn die Erkenntnis, daß wir einer starken Flotte bedürfen und daß wir sie noch nicht haben, ist selbst in den Reihen des nach links gewandten Liberalismus erwartet, der beginnt, sich auf die alten Traditionen zu befreien, die er lange in kleinbürgerlicher Philistrität verleugnet hat. Die Regierung braucht nur dem Impuls zu folgen, der diesmal ganz augenscheinlich von der Nation selbst ausgeht, und es wäre bedauerlich, wenn jetzt das Blatt sich gewendet hätte und wenn wieder einmal zwischen den maßgebenden Männern und der öffentlichen Meinung eine jener Unstimmigkeiten eintreten sollte, an denen die letzten Jahre leider so überreich waren.

Der Fall Mirbach.

(Fortsetzung und kein Ende.)

Zum Mirbach-Fall ist ein Schriftwechsel interessant, den die gelern erschienene Nummer des "Volks von Berlin" veröffentlicht. Es handelt sich um einen Schriftwechsel zwischen Dr. Leipzig, dem früheren Herausgeber des "El. Journal", und den Rechtsanwälten des Oberbürgermeisters v. Mirbach. Verschiedene Blätter hatten während des Pommernkrieges behauptet, es habe sich aus den Zeugenaussagen ergeben, daß Freiherr v. Mirbach die Direktoren Schulz und Rommel bestimmt habe, 50 000 £ in den Vermögensgrund des "El. Journal" zu werben, und daß die Direktoren diese 50 000 £ auf das Mirbach'sche "Konto" gekauft hätten. Tatsächlich sind Zeugenaussagen dieses Inhalts nicht abgegeben worden. Freiherr v. Mirbach selbst sage nur vor Gericht:

„Es folgt im Oktober 1900 noch weitere 50 000 £ — von Schulz und Rommel — geschüttet werden. Von dieser Summe ist weder mir, noch einem meiner Freunde etwas zugesagt.“

Dr. Leipzig wunderte sich deshalb an den Oberbürgermeister mit dem schriftlichen Gründen, ihm zu bezeichnen, daß er, Dr. Leipzig, niemals über die Herkunft von 50 000 £ durch Schulz und Rommel mit dem Freiherrn verhandelt habe. Darauf erhielt Dr. Leipzig von dem Rechtsanwalt Raffert einen Brief folgenden Inhalts:

„Eine Ueberlegung der königlichen Oberbürgermeister, Herr Freiherr v. Mirbach, lädt Ihnen auf Ihren Brief vom 30. Juli mitteilen, daß er sich gründlich von jeder Veröffentlichung in den Presse fernhält.“

Ihren Wunsche gemäß teile ich Ihnen indessen im Auszuge Seiner Excellence mit, daß die Angabe, welche einige Zeitungen ge-

macht haben sollen, wonach Sie durch Vermittelung Seiner Excellence 50 Anteilscheine des kleinen Journals G. m. b. H. an die Bonnerische Hypothekenbank verkauft hätten, vollständig aus der Luft gegriffen ist.

Freiherr v. Mirbach scheint einzigen Wert auf die Konstatierung der Tatsache zu legen, daß er sich um die Presse nicht kümmert. Ein Privatmann kann sich dies wohl leisten; von einem Sachwalter Königl. Angelegenheiten ist dies aber immerhin recht seltsam.

Zu der vom "Reichsbote" und gegenüber angewandten Tatsat schreibt die "Köln. Zeit." sehr richtig:

„Schon in Nr. 803 unserer Zeitung hatten wir Gelegenheit, uns gegen die Art und Weise zu wenden, in welcher der "Reichsbote" in dem vom "Leipziger Tagblatt" veröffentlichten Falle den Oberbürgermeister v. Mirbach vertröstet. In derselben Sache lehnt sich aus dem "Reichsbote" folgende weitere Verdeitung des bisher nach den Prozeßakten veröffentlichten Tatstandes. Es schreibt: „dem Prinzen wurde vom Oberlandesgericht in Hamm folgendes Eid vorgelegt“; folgt der Eid, der die bekannte Behauptung mit der von Mirbach geplagten Sandbeschimpfung enthalte. Dass führt das Blatt fort: „Der Prinz weigerte sich aber, diesen Eid zu schwören, sondern legte Statthalter beim Reichsgericht ein.“ Seine Darstellung läßt die Rechtsboten mit den Worten: „So der Urteil des Reichsgerichts des Leipziger Tagblatts“ viele Sätze enthalten, daß die Wahrheit. In dem Prozeßbericht des Leipziger Tagblatts ist ganz nichts davon, daß sich der Prinz Sayn-Wittgenstein geweigert habe, den Eid zu schwören, sondern es wird lediglich mitgeteilt, daß er gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm, in dem dieser Eid verneigt wurde, das Rechtsmittel der Beschwerde eingesetzt hat. Der Prinz dießt sich gest und den verdeckten Widerstand nicht hervor. Ein Jurist wird ihn jedenfalls nur darin haben, daß das Urteil des Landgerichts Dortmund für den Verlag vertraglich ist gültig wie nur möglich war, und daß jeder geschätzte Rechtsanwalt deshalb den Beruf machen würde, im Wege der Revision die Rechtsboten des Urteils des Landgerichts Dortmund zu erneuern. Wenn der "Reichsbote" in der vor ihm eingeschlagenen Weise fortsetzt, Mirbach zu vertheidigen, so wird dieser jedenfalls bald Grand haben zu rufen.“

Wie nunmehr der für solche Sachen offiziöse Berliner "A. A." mitteilt, läßt die von ihm schon „angeführte Darlegung der wahren Sachlage“ in der Angelegenheit des Prinzen Sayn-Wittgenstein nun sehr bald erfolgen. Staatsminister Henckel, der neben Herrn v. Mirbach und dem General von Hahn, wie bekannt, zu den Freunden des Prinzen gehörte, ist mit Unterbrechung seines Urlaubs in Götha eingetroffen. Es ist anzunehmen, daß die beschwerte Nachfrage des Ministers in engem Zusammenhang mit der viel diskutierten Affäre Wittgenstein steht und daß durch den Minister Aufführung gegeben werden wird. Annochischen geben den "A. A." zu den neuernden von der "Tremontia" gebrachten Entwicklungen von besonderer Seite folgende Informationen:

„Es ist durchaus falsch dargestellt, daß die Pflichtigkeit des Prinzen sich jemals geweigert hätte, um, als er majoriert genommen war, Rednung zu lesen. Es ist schon unrichtig, daß die Pflichtigkeit überhaupt zum Zwecke der Vermögensverteilung bestellt worden war. Sie hat niemals auch nur einen Bruch des Vermögens zu verursachen gehabt. Dieses wurde, lange Jahre vor Einlegung der Pflichtigkeit, von dem angehenden Kaiser Wilhelm veräußert, dessen Inhaber zugleich einer seiner Nichte in Paris ist. Sache der Pflichtigkeit war einer, ja verhältnis, daß Teile des Vermögens der interessierten Kinder durch ihren

Seuilleton.

Der Fall Seuilleton.

Roman von Woldemar Urban.

Historie berichtet.

Was wollte Herr Seuilleton?

„Oh, es ist furchtbar. Hören Sie, Herr Vicomte. Das erste Mal war er wenigstens noch nicht so bedrohlich und aggressiv wie vorgestern, obgleich ich auch damals schon zum Tode erschossen war. Er ergänzte mir nämlich, daß ich in Marseille hartnäckig das Gericht erhalten, daß mein Mann nicht tot sei, es ihm vielmehr gelungen, mit großen Summen das Weite zu gewinnen, und fragte, was ich dazu sage und davon wisse.“

Herr Seuilleton hat doch Ihnen Herrn Gemahl selbst als tot verognisiert und ihm selbst auf dem Kai Voltaire liegen sehen! Wie kommt's, daß er sich mit solchem Altersverschwindig abgibt?

„Hören Sie nur, Herr Vicomte. Aber ums Himmels willen, versprechen Sie mir mit Ihrem Ehrenwort, daß nichts von dem, was Ihnen sage, wieder erzählt wird, zu dem es auch immer sei.“

„Selbstverständlich verspreche ich Ihnen das.“

„Es flingt mir Abenteuer, wie Wahnsinn und doch ist alles Wort für Wort wahr. Ich vergaß Ihnen zu sagen, daß Herr Seuilleton, ehe er kam, mir einen Brief schrieb, moran er mich um Aufkunft über meinen Schwager, Herrn Antoine Velotti erfuhrte. Sie können sich wohl noch auf den verschollenen Bruder meines Mannes befreien?“

„Nur sehr dunkel. Ich befürme mich, vor langen Jahren von ihm gehört zu haben, weiß aber beim besten Willen nicht mehr was.“

„Nun seien Sie, Herr Vicomte. Genau so ging es mir. Ich wußte nichts davon. Und wenn mir auch mein Mann einmal flüchtig von ihm erzählt haben sollte, so

ist es doch wohl häniglich erklärlich, daß ich das inmitten der Aufregungen und Katastrophen, die mich und meine Kinder irgendwann betroffen, wieder vergessen habe. Ich antworte also Herrn Seuilleton auf seinen Brief nicht, weil ich nichts zu antworten wünsche. Das hat er übel aufgefaßt und kam selbst wenige Tage später. Er erzählte nun, was ich Ihnen schon mitteilte und wollte wissen, wo Antoine sei. Ich konnte es ihm nicht sagen, denn ich wußte es nicht. Daraufhin meinte er, es sei doch ganz unerklärlich, daß mein Mann in so langen Jahren nicht einmal Gelegenheit genommen habe, mit mir von seinem Bruder zu sprechen, worauf ich entgegne, daß das nur zu sehr erklärlich sei, weil mein Schwager Antoine ein manvales sujet, ein Landstreicher geworden war, mit dem mein Mann uns zu beunruhigen nicht für nötig gefunden hat. Ist es in der Tat nicht sehr erklärlich, wenn man in der Familie von solchen dunklen und traurigen Punkten so wenig wie möglich spricht, Herr Vicomte?“

„Natürlich ganz begreiflich. Und Herr Seuilleton wollte sich damit nicht gutreden geben?“

„Oh Gott, nein. zunächst reiste er ja wieder ab, aber wie ich Ihnen schon sagte — vorgestern war er wieder da! Himmlicher Vater da droben, Sie wissen nicht, was das für ein Mann ist. Und ich unglaubliche Frau stehe mit meinen Kindern diesem Schreden, diesem Ungeheuer gegenüber schutz- und hilflos da. Allmächtiger, was soll das werden!“

Dabei schluchzte Frau de Blois unglücklich auf und warf sich weinend in einen Stuhl.

Vicomte Andras selbst wurde sowohl über die Mitteilungen wie über den Zustand der Frau de Blois aufgereggt. Er begriff ja sehr wohl, daß die Dame von all diesen Details ihrem Vater keine Mitteilung machen möchte, denn der Senator war ein alter Herr, der, ohne irgend etwas helfen zu können, wohl nur große Worte und Geschrei über diesen neuen Unfall, der seine Tochter betrifft, gemacht hätte. Somit stand Frau de Blois aller-

dings allein, und merkwürdiger Weise machte es auf Andras einen erhebenden Eindruck, daß sie ihn mit ihrem Vertrauen bedachte. Er war gutmütig und hilfsbereit und wäre es wohl auch gewesen, wenn Florence nicht vorhanden oder nicht beteiligt gewesen wäre und deshalb fühlte er sich angenehm beruhigt, daß Frau de Blois in ihrer Not zunächst an ihn gedacht, obwohl er noch nicht wußte, ob oder was er in der Sache tun könnte.

„Helfen Sie sich, Madame, und fahren Sie zunächst fort, damit ich genau erfahre, um was es sich handelt“, sagte er schonend.

„Dan, die Sache ist kurz die, daß mich Herr Seuilleton bestellt, um strafbarem Einverständnis mit meinem verstorbenen Mann großen Vermögensanteile besiegelt zu haben. Er behauptet, auf diese Idee gekommen zu sein durch, daß ich ihm über den Tod meines Mannes bestellt habe. Er behauptet, auf diese Idee gekommen zu sein durch, daß ich ihm über den Tod meines Mannes bestellt habe. Er behauptet, auf diese Idee gekommen zu sein durch, daß ich ihm über den Tod meines Mannes bestellt habe.“

„Und was hat er für all diese tollen Behauptungen für Beweise?“

„Keinen Schatten von Beweis. Es sind eben keine Ideen, keine Behauptungen.“

„Nun, so lassen Sie ihm doch seine Ideen und Behauptungen. Weßhalb sich beunruhigen wegen solcher Abenteuerlichkeit?“

„Das würde ich ja gern tun, wenn wir Herr Seuilleton nicht damit gedroht hätte, alles der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten, wenn ich ihm nicht binnen drei Tagen

Aussklärungen geben würde über alle Punkte, die nach seiner Meinung einer Aussklärung bedürfen.“

„Der Staatsanwaltshof! Aber was will er denn nun gelebt von Ihnen, ins Teufels Namen, dieser Herr Seuilleton?“

„Weld. Er rednet mir vor, daß ich viel Geld mit nach Paris gebracht habe müsse und hier viel Geld ausgeben habe. Er vergisst nur dabei, daß ich hier fast ausschließlich auf Kosten meines Vaters lebe und mein ganzes Vermögen an meine Konkurrenz meines Mannes besteht. Meine Wohnung bezahlt Papa, die Haushaltung bezahlt Papa, der Wagen ebenfalls. Es ist kein Wagen. Er vergisst die Schulden, die ich habe machen müssen, er vergisst — — — oh, mein Gott, er vergisst eben vollständig, daß ich eine arme bestlagenstarre Frau bin, die sich nicht zu helfen weiß.“

Vicomte Andras machte einige hastige Schritte im Zimmer auf und ab und versuchte zu überlegen, aber sehr leichtsinnig gefülltes Herz spiegelte ihm nur die Sorge, die Angst und die Gefahren vor, in welche Madame de Blois und — Florence durch die gewissenhaften Verfolgungen der Gläubiger-Interessen seitens des Herrn Seuilleton gebracht werden waren. Welcher Skandal wenn der Mann wirklich seine Drohung ausführte und die Familie der Staatsanwaltshof denunzierte; der Gedanke, Florence mit ihren ganzen, vornehmen Gefährten zu zeigen, mit der unehelichen Tochter ihrer Erscheinung vor dem Staatsanwalt zu stehen, war ihm unerträglich.

„Er ist verdröhnt“, stieß er endlich unwillig hervor. „Ich werde mit ihm reden.“

„Oh, ich wußte, Herr Vicomte“, warf Frau de Blois lebhaft ein, „daß Ihr edles reines Herz uns zu Hilfe kommen würde. Wie danke ich Ihnen, und — — — wie möchte ich Ihnen danken, wenn —